News Archiv January 2025

2025-01-16 12:51

younion-Kulturgewerkschaft: Klare Forderungen an kommende Bundesregierung

Kunst und Kultur muss als volkswirtschaftliches Gewicht anerkannt werden!

Die Kunst- und Kulturschaffenden in Österreich tragen, laut WIFO-Studie, rund drei Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Der Einfluss auf Gesellschaft, Wissenschaft und viele andere Bereiche ist unbezifferbar.

Das Selbstverständnis künftiger österreichischer Kulturpolitik muss auf genereller Vielfalt und einem Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie beruhen. Sie muss die gesellschaftlichen Realitäten widerspiegeln, somit unabhängig von allerlei Normativen, sprich von politischen Kulturdiktaten, möglich sein. Es gilt die sozialen Verhältnisse aller Kulturschaffenden der Gegenwart als Teil einer österreichischen Kulturpolitik zu akzeptieren, um sie zukunftssicher zu machen. Kunst und Kultur muss als volkswirtschaftliches Gewicht anerkannt werden.

Die Kultur- und Sportgewerkschaft innerhalb der younion _ Die Daseinsgewerkschaft (Hauptgruppe 8) mahnt folgende Agenden für eine künftige Kulturpolitik von der Bundesregierung ein:

- Einführung eines Kulturministeriums
- Novellierung des Theaterarbeitsgesetzes mit Bezug auf befristete Verträge
- Bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Kulturschaffende
- Budgetvorsorge für Kultureinrichtungen
- Weiterentwicklung und zeitgemäße Anpassung des Künstlersozialversicherungsfondsgesetzes
- Langfristige Planung und Sicherung des ORF-Symphonieorchesters
- Schutz des Urheberrechtes angesichts der KI-bedingten Unsicherheiten

Read more … younion-Kulturgewerkschaft: Klare Forderungen an kommende Bundesregierung

2025-01-08 15:33

AK fordert Höchstgrenze bei Vergütung von Vorständen

Alljährlich Anfang Jänner kritisiert die Arbeiterkammer (AK) die ihrer Ansicht nach zu hohen Einkommen von Spitzenmanagern. Bei einem Stundenlohn von 814 Euro müssten die Vorstandschefs der ATX-Unternehmen („Fat Cats“) nur 48 Stunden arbeiten, um das jährliche Medianeinkommen eines österreichischen Beschäftigten zu erreichen, hat die AK berechnet und fordert eine Höchstgrenze für die Vergütungen von Vorstandsmitgliedern.

Für heuer hat die AK den 8. Jänner zum „Fat Cat Day“ erklärt – bis heute um 20.00 Uhr werde ein ATX-Vorstandschef bereits das typische Jahreseinkommen in Österreich verdient haben, das 2023 rund 38.748 Euro betrug.

Das 81-Fache des Medianeinkommens

Laut AK verdienen ATX-Vorsitzende das 81-Fache des Medianeinkommens. Dabei wird angenommen, dass Spitzenmanager zwölf Stunden am Tag arbeiten und sich nur zehn Tage Urlaub im Jahr und nur jedes vierte Wochenende freinehmen.

Die AK fordert, dass die Aufsichtsräte der Unternehmen eine angemessene Relation zwischen Vorstandsvergütung und Belegschaft definieren, lässt aber offen, was sie für „angemessen“ halten würde. Außerdem sollte die Vergütungspolitik der Unternehmen Höchstgrenzen für die individuelle Vergütung der Vorstandsmitglieder vorsehen.

Forderung nach anderen Kriterien für Entlohnung

Die Vergütungen sollten sich zudem nicht nur am finanziellen Erfolg der Unternehmen orientieren, sondern auch an der Erreichung von Zielen in den Bereichen Umwelt, Soziales und Governance.

Spitzenverdiener unter den CEOs der im Leitindex ATX der Wiener Börse notierten Unternehmen waren im Jahr 2023 der damalige Schoeller-Bleckmann-Chef Gerald Grohmann mit knapp 9,5 Millionen Euro und BAWAG-Chef Anas Abuzaakouk mit rund neun Millionen Euro Jahresgage.

Kritik an der Vergütungspolitik vor allem der BAWAG kommt auch vom Interessenverband für Anleger (IVA) – vor allem an der Nachvollziehbarkeit der Vergütungsstruktur und der Verhältnismäßigkeit innerhalb der Vergleichsgruppe stößt man sich.

Read more … AK fordert Höchstgrenze bei Vergütung von Vorständen

2025-01-05 15:29

ÖVP-Stocker zu Verhandlungen mit FPÖ bereit

ÖVP-Generalsekretär Christian Stocker, frisch designierter interimistischer ÖVP-Chef, hat eben eine erste Stellungnahme abgegeben.

Stocker dankte zunächst Karl Nehammer für seine Arbeit als ÖVP-Chef und Kanzler. Er begrüßte das geplante Treffen von Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit FPÖ-Chef Herbert Kickl. Er werde eine Einladung der FPÖ, sofern sie erfolge, zu Koalitionsverhandlungen annehmen.

Rasche Regierungsbildung wichtig

Stocker verwies selbst auf seine eigene harsche Kritik an der FPÖ und an Kickl. Die Republik brauche aber rasch eine Regierung, das habe Priorität. Die ÖVP werde sich der staatspolitischen Aufgabe nicht entziehen, so Stocker.

Ob er als Vizekanzler zur Verfügung stehen würde, beantwortete Stocker nicht.

Read more … ÖVP-Stocker zu Verhandlungen mit FPÖ bereit

2025-01-04 20:52

SPÖ Statement zum Abbruch der Koalitionsverhandlungen

Die Sozialdemokratie hat nach dem gestrigen Ausstieg der Neos die Verhandlungen mit der ÖVP heute fortgesetzt.

Diese Verhandlungen wurden von der ÖVP nun beendet.

Wir waren bis zuletzt bereit, in diesen schwierigen Zeiten für unsere Republik Verantwortung zu übernehmen.

Wir waren dazu bereit, über das Wochenende hinweg weiter zu verhandeln, um eine Koalition der Verantwortung zwischen ÖVP und SPÖ möglich zu machen.

Die ÖVP war dazu nicht bereit. Sie hat klargestellt, dass Nehammer von seiner Partei keinen Verhandlungsspielraum bekommt.

Durch den Abbruch hat Österreich viele Monate verloren. Zeit, in der wir an der Zukunft Österreichs arbeiten hätten müssen.

Die ÖVP wollte, dass das riesige Budgetloch, das sie verursacht hat, von der arbeitenden Bevölkerung und Pensionist:innen gestopft wird.

Die ÖVP wollte konkret:

- 3x keine Anpassungen bei Pensionen und

- 2 Gehaltskürzungen für alle Lehrer:innen, Polizist:innen, Pfleger:innen und Bundesheerbediensteten in Folge

- Pensionsantrittsalter auf 67 Jahre anheben

- 20% bei Gesundheit und Spitälern einsparen

Wenn alle einen Beitrag leisten müssen, betrifft das auch jene, die in den vergangenen Jahren besonders profitiert haben. Eine Regierung, die nicht auf den gerechten Ausgleich schaut, gefährdet das solidarische Miteinander in der Bevölkerung. Das kann nicht unser Ziel sein.

Read more … SPÖ Statement zum Abbruch der Koalitionsverhandlungen